

Generationenunterschiede

Zusammenfassung

Kurz vor Jahresende 2005 informierten die Medien über die Resultate einer internationalen Studie zur künftigen globalen Bevölkerungsstatistik. So wurde mit grosser Genugtuung festgestellt, dass die Bevölkerung auf unserem Globus weit weniger stark anwachsen als dies noch vor einigen Jahren angenommen wurde und es dürfe mit einer Stabilisierung bei ca. 9 Mia Menschen gegen das Jahr 2050 hin gerechnet werden. Dies sei mit Blick auf die beschränkten natürlichen Ressourcen als erfreulich einzustufen. Als negativ wurde dann ins Feld geführt, dass leider der Anteil der über 60jährigen Menschen sich im gleichen Zeitraum verdoppeln werde. Eine solche Aussage ist doch eigentlich eine Ungeheuerlichkeit und müsste Reaktionen bei den politischen Behörden auslösen. Da ist man einerseits froh, dass die Weltbevölkerung nicht mehr so stark wächst, ist doch der Lebensraum auf unserem Globus begrenzt, beklagt aber andererseits den zu hohen Anteil älterer und alter Menschen. Das heisst doch implizit, dass die Kommentatoren dieser Studie finden, die Menschen würden zu alt, denn würde der Anteil der Jungen wieder stark steigen, würden bei gleicher Lebenserwartung im Jahre 2050 weit mehr Menschen die Erde bevölkern, als dies heute von den natürlichen Ressourcen her gesehen als optimal eingestuft wird!

Am 20. März 2006 erschien in der Baslerzeitung ein Gastkommentar eines Universitätsprofessors. Ich rieb mir mehrmals beim Lesen die Augen. Da standen unter Anderem folgende Aussagen : „Die Förderung der Kinderzahl ist für die Alterssicherung schädlich“ und weiter : „Deshalb sollten wir die Finger von einer aktiven Kinderförderung lassen und aufhören, politische Projekte wie Kindergeld und die staatliche Förderung von Tagesschulen und Kinderkrippen mit Kinderförderung für die Alterssicherung zu begründen“ und wiederum weiter : „Deshalb könnten wir viel Geld sparen, wenn wir weniger Kinder hätten. Einen Teil der gesparten Mittel sollten wir zur Sicherung der Renten auf dem internationalen Kapitalmarkt anlegen, damit wir als Rentner dank hohen Zinsen viele Güter und Dienstleistungen im Ausland einkaufen und uns ausländisches Pflegepersonal leisten können. Den anderen Teil sollten wir für eine gute Ausbildung derjenigen Kinder ausgeben, die –zum Glück- auch ohne aktive Kinderförderung geboren werden“. Der gleiche Professor schreibt dann noch, dass es statistisch erwiesen sei, dass Kinder von wohlhabenden Eltern in der Regel später auch wohlhabend würden, dass deshalb die Geburtenrate der Durchschnittsverdiener kleiner werden sollte, und dass Eltern mit besonders gutem Verdienstpotezial zu mehr Kinder angeregt werden sollten. Er schreibt dann weiter: „Die heutigen staatlichen Förderungsmassnahmen sind kaum auf diese finanziell ergiebigen Kinder ausgerichtet. Zumeist bewirken sie sogar das Gegenteil. Ein fixes Kindergeld sowie Tagesschulen und Krippen mit einer sogenannten sozialen Gebührenordnung helfen eher den ärmeren Eltern, Kinder zu haben“.

Diese beiden Informationen, erschienen in unseren Medien, werden bewusst an den Anfang gestellt, weil sie von Personen stammen, die sich gerne als Wissenschaftler bezeichnen und die einen nicht geringen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben. Sie sind auch ein Beweis dafür, dass in unserer heutigen Gesellschaft der Individualismus und der Egoismus auf dem Vormarsch ist und die Solidarität langsam schwindet.

Allerdings hat der Souverän mit der neuen Verfassung, die am 1. Januar 2000 in Kraft trat, ein klares Bekenntnis zu einem sozialen Staat abgegeben, in dem alle Menschen von der Geburt an bis zum Tode in Würde leben können. In Art. 8 wird ein umfassendes Diskriminierungsverbot ausdrücklich festgelegt und mit den Sozialzielen in Art. 41 werden

die soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit als fundamentale Prinzipien für ein menschenwürdiges Dasein der gesamten Bevölkerung konkretisiert. Speziell wird auch gefordert, dass die wirtschaftlichen Folgen der wichtigen Lebensrisiken Alter, Invalidität, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft, Verwaisung und Verwitwung für alle Personen abgesichert werden.

Trotz dieses klaren Verfassungsauftrages werden Risse in der tragenden Säule „Solidarität“ sichtbar.

Selbst politische Verantwortungsträger beginnen die stetig anwachsende Lebenserwartung, die wir eigentlich als grosses Geschenk entgegennehmen sollten, als Bedrohung und Last einzustufen. So erklären fundamentalistisch-liberale Kreise immer lautstarker, unser Sozialstaat sei wegen der demografischen Entwicklung unbezahlbar geworden, allerdings ohne Beweise dazu zu liefern. Der Alterslastkoeffizient (welch schrecklicher Begriff!) steige besorgniserregend an, die Altersvorsorge über die Sozialversicherungen sei längerfristig nicht mehr möglich und für die hohen und immer noch wachsenden Gesundheitskosten seien insbesondere die alten Menschen schuld. Es gibt bereits Forderungen, dass diese deshalb in Abweichung zum Solidaritätsprinzip höhere Versicherungsprämien zu bezahlen hätten. Ebenfalls beängstigend und verletzend wirken Aussagen, dass unsere Invalidenversicherung nur deshalb defizitär sei, weil Scheininvaliden diese plünderten. Behinderte Menschen werden so auf die Anklagebank gesetzt und letztlich als Belastung empfunden.

Wir wissen heute auch, dass die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte uns neue Familienformen und insbesondere auch viele allein erziehende Mütter brachten. Eine solidarische Gesellschaft dürfte eigentlich nie zulassen, dass Kinder für die Familien zum Armutsrisiko werden. Trotzdem wird das Referendum gegen ein Gesetz ergriffen, das endlich für jedes Kind in unserem Land eine bescheidene Kinderzulage garantieren würde.

Sind wir im Begriffe den sog. Generationenvertrag, den „Kitt zwischen den Generationen“ aufzubrechen und unsere Gesellschaft in Klassen zu fraktionieren, so nach dem Motto „der Starke ist am mächtigsten allein“? Anzeichen sind da und sie werden in letzter Zeit stärker. Die Schere zwischen arm und reich geht immer mehr auf und gleichzeitig sollen die Reichen bei ihren Soliditätsleistungen (Steuern und Sozialgaben) entlastet werden. Obwohl der durch die demografische Entwicklung ausgewiesene zusätzliche Bedarf an Sozialausgaben vorliegt, wird die Einfrierung der Sozialausgaben gefordert.

Bis heute waren die meisten dieser Forderungen glücklicher Weise nicht mehrheitsfähig.

Werden sie es morgen sein? Wir können dies verhindern, wenn wir auch künftig den Gemeinsinn über den Eigennutz stellen.

Sorgen wir dafür, dass auch künftig alle Menschen in Würde leben können. Wachen wir darüber, dass die gelebte Menschlichkeit nie auf dem Altar der Gewinn- und Renditeoptimierung geopfert wird und dass der klare Verfassungsauftrag nicht toter Buchstabe bleibt!

Otto Piller